

Aachener Zeitung

DONNERSTAG, 27. MAI 2010 · 65. JAHRGANG



STERNSINGER

Klaus Krämer ist der neue Präsident

► Region



NOCH EIN VERLETZTER

Thomas Müller stürzt kurz vor WM vom Rad

► Sport



BRUNO GANZ

Zu Gast bei Accorate im Aachener Krönungssaal

► Kultur

Nummer 121

www.az-web.de

1,10 Euro

IM LOKALTEIL

Bauruinen stören an mehreren Stellen

Aachen. Auch an exponierten Stellen der Stadt bieten einige Bauruinen ein trauriges Bild. Manchmal gab's Streit zwischen Denkmalpflege und Investor, manchmal ging dem Bauherrn das Geld aus. In einigen Fällen ist Abhilfe in Sicht – für die meisten gilt das nicht.

Integrationsratswahl wird wiederholt

Männer als Erzieher sind die Ausnahme

WETTER



TELEGRAMME

Regierungsbündnis in NRW weiter ungewiss

Düsseldorf. Die CDU hat gestern ihre grundsätzliche Bereitschaft für ein schwarz-rotes Bündnis in NRW erklärt. Die Sozialdemokraten haben sich indes noch nicht vom Gedanken einer Ampelkoalition mit Grünen und FDP verabschiedet. Heute soll das erste Sondierungsgespräch von CDU und SPD für eine mögliche große Koalition stattfinden. Vor dem Hintergrund des Koalitionspokers warnen Meinungsforscher vor Neuwahlen. Die könnten rund 45 Millionen Euro kosten. (ddp) ► S. 4

Wasserpegel steigt schneller als erwartet

Frankfurt (Oder). Die Wasserstände auf der südlichen deutschen Oder steigen deutlich schneller als erwartet. Seit gestern Nachmittag gilt für den südlichen Oder-Abschnitt von Ratzdorf bis zur Stadtgrenze von Frankfurt (Oder) sowie für den Mündungsabschnitt der Neiße die höchste Hochwasser-Alarmstufe 4, wie die Kreisverwaltung Oder-Spree mitteilte. Das bedeutet, dass die Deiche gesichert und bei Bedarf erhöht werden. (ddp) ► Welt

FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

KONTAKT

Aachener Zeitung
Postfach 500110, 52085 Aachen

Zeitungsverkauf/-zustellung:
Telefon: 0241/5101-701
Fax: 0241/5101-790

Anzeigenannahme:
Telefon: 0241/5101-700
Fax: 0241/5101-790

Redaktion:
Tel: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-360

Verlag:
Tel: 0241/5101-0 (Zentrale)

AZ im Internet:
www.az-web.de



Gericht kippt Schlüssel für Hartz-IV-Leistungen

Kommunen und Kreise der Region bekommen Recht: Datenmaterial für Mittelzuweisung fehlerhaft.

Düsseldorf. Das Landesverfassungsgericht hat die Zuweisungen an Kommunen für Hartz-IV-Leistungen gekippt. Die Richter gaben der Klage von zehn Kommunen und Kreisen in NRW Recht, die zu wenig Geld für die Unterbringung von Hartz-IV-Empfängern erhalten. Das Land muss den Verteilungsschlüssel jetzt neu berechnen und Geld nachzahlen.

„Mit dem heutigen Urteil ist das Land als Gesetzgeber gefordert“, kommentierte der Heinsberger Landrat Stephan Pusch das Urteil, „wir haben als Kreis nun die Gewissheit, dass Kostenerstattungen im Rahmen von Hartz IV durch das Land auf einer nachvollziehbaren und belastbaren Basis erfol-

gen werden.“ „Mit großer Freude“ wurde der Urteilspruch auch im Kreis Düren aufgenommen. Kreisdirektor Georg Beyß geht davon aus, dass nach einer Neuordnung des Verteilungsschlüssels der Kreis Düren künftig mehr Geld erhalten wird. „Bei dem bisherigen, verfassungswidrigen Modus haben wir zu den Verlierern gezählt“, sagte er. Bis eine genaue Summe für den Kreis beziffert werden kann, dürfe aber noch einige Zeit vergehen, schätzt Beyß: „Wir wären schon froh, wenn bis Jahresende eine neue Regelung inkraft tritt.“ Günter Schabram, Sozialdezernent der Städteregion Aachen, nannte das Urteil „eine Ohrfeige für die Landesregierung“.

Geklagt hatten neben den Kreisen Düren und Heinsberg sowie der Städteregion und Stadt Aachen die Städte Wuppertal und Remscheid sowie die Kreise Unna, Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis.

Mehr Sorgfalt gefordert

Das Gericht sieht das Gleichbehandlungsgebot verletzt, weil das Land den Verteilungsschlüssel auf der Basis von Daten aus dem Jahr 2005 erhoben hatte. NRW hätte mehr Sorgfalt auf die „Validität der Daten“ legen müssen, urteilte das Verfassungsgericht.

Die Kommunen und Kreise hatten geklagt, weil ihnen trotz der hohen Zahl von Hartz-IV-Empfänger-

ern zu wenig Geld zugeteilt wurde. Im Gegenzug hatten einige Kreise und Kommunen höhere Finanzzuweisungen kassiert als ihnen faktisch zustanden. Nach Angaben der Richter ist das Datenmaterial fehlerhaft. Das NRW-Arbeitsministerium war mit dem Vorstoß gescheitert, die Klage abzuweisen. Aus Sicht des Ministeriums ist der Verteilungsschlüssel gerecht. Nach dem Urteil muss das Ministerium die Verteilung der Zuweisungen neu regeln. Nach dem bisher geltenden Schlüssel überwies NRW den Kommunen und Kreisen 2009 insgesamt 288 Millionen Euro Wohnungskosten für Hartz-IV-Empfänger. (wg/sj/kl/udo)

► Lokales

Neues Magazin



Ab jetzt: Jeden Monat viele attraktive Ereignisse in der Region auf einen Blick.

► BEILAGE

Startschuss für die AZ-Ausbildungsmesse ist gefallen



Bin ich handwerklich begabt? Auf der ZAB kann man unter anderem das einfach mal unverbindlich testen. Die größte Berufs- und Studien-

wahlmesse der Region ist gestern im Aachener Kongresszentrum Eurogress in ihre dreizehnte Runde gestartet. Am heutigen Donnerstag

ist die ZAB von 9 bis 18 Uhr und am Freitag von 9 bis 13 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist kostenlos. (az) Foto: Andreas Steindl ► Wirtschaft

Gewalt gegen Polizisten steigt stetig an

Studie belegt gefährlichen Trend. Auch in Aachen gibt es Fallzahlen „auf erschreckend hohem Niveau“. CDU-Politiker fordern härtere Gangart.

VON BETTINA GRACHTRUP UND MANFRED KUTSCH

Berlin/Aachen. Polizisten wollen zwei streitende Frauen voneinander trennen und die Personalien festhalten. Aber so einfach ist das nicht: „Die weibliche Person drehte sich unvermittelt in meine Richtung und verbiß sich in meine rechte Schulter“, schreibt die 38-jährige Polizistin später. „Der Biss war vergleichbar mit dem eines Hundes, dem man einen Knochen wegnehmen will.“

Die 38-Jährige ist eine von mehr als 22 000 Beamten, die an einer Online-Befragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Thema Gewalt gegen Polizisten teilnahmen. Die ersten Ergebnisse, die gestern präsentiert wurden, sind nicht überraschend. „Im Vergleich der fünf Jahre des Untersuchungszeitraums zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Gewaltübergriffe“, sagt Christian Pfeiffer, Leiter des Instituts. Vor allem Streifenbeamte seien betroffen. Die bundesweite Tendenz setzt sich in Aachen fort. Michael Houba, Sprecher des Polizeipräsidenten, bestätigt Fallzahlen „auf einem erschreckend hohen Niveau“. Und Rainer Axer, Vorsitzender der örtlichen Gruppe

der Gewerkschaft der Polizei, sagt: „Immer schneller fliegen die Fäuste, die Hemmschwellen sind beunruhigend gesunken.“ Er ergänzt: „Wir baden da ein gesellschaftliches Problem aus.“

Dass die Studienergebnisse jetzt veröffentlicht wurden, ist kein Zufall. Heute und morgen beraten die Innenminister von Bund und Ländern in Hamburg auch über das Thema Gewalt gegen Polizisten. CDU-Politiker, darunter Bundesinnenminister Thomas de Maizière, streben eine härtere Gangart gegen Gewalttäter an.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) bekräftigte, die Höchststrafe für einfachen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte müsse von zwei auf vier Jahre Haft angehoben werden. Bei schweren Fällen drohen bis zu fünf Jahre Haft. Der Paragraf bezieht sich auf Vollstreckungshandlungen, Angriffe auf Polizisten, während sie etwa Streife gehen, erfasst er nicht. Deshalb fordern CDU-Politiker die Einführung eines eigenen Straftatbestandes, der bei Körperverletzungen speziell gegen Polizisten ein höheres Strafmaß vorsieht. Doch darüber gibt es in der schwarz-gelben Bundesregierung Streit.

► Die Seite drei, Kommentar Seite 4

Konten in Gefahr

20 Prozent mehr manipulierte Geldautomaten

Berlin. Kriminelle spähnen an immer mehr Geldautomaten in Deutschland EC-Kartendaten aus und plündern anschließend die Konten der Kunden. 2009 zählte das Bundeskriminalamt (BKA) 964 Automaten, an denen Mini-Kameras und andere Hilfsmittel montiert wurden – eine Steigerung um 20 Prozent. „Als normaler Kunde kann man das im Grunde nicht erkennen“, sagte BKA-Präsident Jörg Ziercke. Die Täter gingen sehr professionell vor. Die Behörde schätzt den Schaden durch das sogenannte Skimming auf 40 Millionen Euro. Der für 2011 flächende-

ckend geplante Einsatz der Bankkarte mit Chip löst das Problem aus Sicht der Ermittler nur zum Teil.

Mittlerweile greifen die Täter – internationale Banden – zunehmend auch die Daten deutscher Urlauber im Ausland ab. Auch Besucher der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika seien gefährdet, das BKA habe dort allerdings heimische Polizisten geschult.

Die meisten Manipulationen an Geldautomaten gab es in NRW (661), gefolgt von Berlin (363), Bayern (166), Niedersachsen (160) und Hessen (151). (dpa)

Alkoholsünder: Blutprobe passé?

NRW-Innenminister Ingo Wolf will den Test abschaffen. Atemanalyse reicht.

Düsseldorf. NRW will die Blutprobe für Alkoholsünder abschaffen. Nach dem Willen von Innenminister Ingo Wolf (FDP) sollen Autofahrer künftig auch bei mehr als 1,1 Promille Blutalkohol nur noch „pusten“ müssen. „Die Messung des Alkoholgehaltes durch die Analyse des Atems ist auch bei höheren Promillewerten so präzise wie bei einer Blutuntersuchung“, sagte Wolf unserer Zeitung.

Auf der heutigen Innenministerkonferenz in Hamburg will Wolf eine NRW-Initiative einbringen. Derzeit muss der Alkoholsün-

der bei Werten über 1,1 Promille auf die Polizeiwache. Dort wird nach richterlicher Anordnung ein Arzt hinzugezogen, der Blut entnimmt. Das Ergebnis der Blutuntersuchung liegt erst nach einigen Tagen vor.

Billiger, schneller

Nach Angaben Wolfs verkürzt sich bei einem Alkoholtest mit einem Analysegerät die Wartezeit bei der Polizei und der Promillewert steht sofort fest. Auch die Kosten für Blutentnahme und -untersuchung, die der Be-

troffene trägt, fallen weg. Bei Werten unter 1,1 Promille ist die Atemalkohol-Analyse ohne richterliche Anordnung schon heute beweisbar möglich.

„Ein Blutprobe ist immer ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit, der sich heute vermeiden lässt“, sagte Wolf. Angesichts moderner präziser Messverfahren sei die Atemanalyse in Alkoholverdachtsfällen als „mildere Mittel zu wählen“, betonte Wolf. Damit erübrige sich auch das Erfordernis einer richterlichen Anordnung. (wg)

